



NIEDERSCHRIFT

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie der Stadt Weiterstadt

10. Legislaturperiode 2016/2021

| | |
|---------------|---|
| am | 31. Oktober 2016 |
| im | Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine |
| Beginn | 19:30 Uhr |
| Ende | 20:20 Uhr |

Anwesende:

SPD-Fraktion

Ackermann, Klaus
Gürkan, Benjamin
Koch, Alexander Dr.
Schafhausen, Julius

CDU-Fraktion

Brunner, Bernd
Tillmann, Ursel

ALW-Fraktion

Amend, Heinz Günther
Becker, Birgit

FWW-Fraktion

Heßberger, Michael

Präsidium

Stadtverordnetenversammlung

Mager, Marcus

Magistrat

Fischer, Willi
Geter, Stephan
Hasenauer, Josef
Mager, Philipp
Merlau, Günter
Möller, Ralf
Reitz-Gottschall, Angelika
Spätling-Slomka, Dorothea
Thalheimer, Werner

Ausländerbeirat

Pennisi-Maniaci, Rosa

Seniorenbeirat

Götz, Gerhard

**Beirat zur Gleichstellung von
Menschen mit Behinderungen**

Bogorinski, Erik

Schriftführung

Jung, Anette

Verwaltung

Wigand, Klaus

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Energie, Michael Heßberger, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

| | Drucksache |
|--|-------------------|
| 1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie vom 2. Mai 2016 | |
| 2. "Essbare Stadt"; gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FWW | 10/0134 |
| 3. Nitratbelastung im Grundwasser; gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FWW | 10/0135 |

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie vom 2. Mai 2016

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2

"Essbare Stadt"; gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FWW

Drucksache: 10/0134

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 13. Oktober 2016 den Antrag der Fraktionen von SPD und FWW zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Vorsitzender Michael Hessberger fasst den Beschluss kurz zusammen und erläutert, dass z.B. Brachen oder kleinere Grünflächen wie Baumscheiben innerorts zum Gärtnern durch interessierte Bürger freigegeben werden sollen.

Bürgermeister Ralf Möller und technischer Angestellte Anette Jung legen dar, dass bei einigen Projekten im Rahmen der Bürgerbeteiligung (z.B. WoQuaz und Begegnungsgarten) bereits öffentlich nutzbare Kräuter, Beeren und Obst vorhanden sind, die allerdings nicht geerntet werden.

Es entsteht eine rege Diskussion über den möglichen Bedarf in einer doch eher ländlichen Kommune wie Weiterstadt, die über einen hohen Anteil an Gärten verfügt.

Die ALW-Fraktion regt an, die öffentlich zugänglichen Stellen über Portale wie www.Mundraub.de bekannt zu machen.

Die SPD-Fraktion legt dar, dass der Antrag bewusst offen formuliert wurde, um mögliche Umsetzungen zu einem „Pilotprojekt Essbare Stadt“ entwickeln zu lassen, die zum Ziel haben sollen, die gemeinschaftliche Arbeit mit Wertschätzung der Landwirtschaft und gesunder Lebensmittel zu stärken.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit eine Konzeption und Realisierungsmöglichkeiten für die Initiative "Essbare Stadt" (Gemeinschaftsgärten) zu entwickeln sind und hierbei den Obst- und Gartenbauverein und potenziell interessierte Bürgerinnen und Bürgern bei der Entwicklung zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|---|-------------|------------------------|
| 8 | Ja-Stimmen | (2 ALW, 1 FWW, 4 SPD) |
| 1 | Nein-Stimme | (1 CDU) |

Tagesordnungspunkt 3

Nitratbelastung im Grundwasser; gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FWW

Drucksache: 10/0135

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 13. Oktober 2016 den Antrag der Fraktionen von SPD und FWW an den Ausschuss überwiesen.

Vorsitzender Michael Hessberger erläutert kurz, dass im Sommer 2015 bedenklich hohe Nitratwerte bei Analysen von Brunnenwasser privater Brunnenbesitzer durch VSR-Gewässerschutz in der Presse publiziert wurden. Der Antrag dient dazu, die mögliche Belastung abzuprüfen. Auch wenn das Trinkwasser unbelastet ist, sollte der möglichen Belastung des Grundwassers nachgegangen werden.

Es wird ausführlich diskutiert, welche Seriosität den Analysen aus dem Jahr 2015 beizumessen ist, welche Untersuchungen in welchen Bereichen und Umfängen sinnvolle Daten aufzeigen.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Magistrat wird beauftragt, zu überprüfen, welche Daten beschaffbar bzw. vorhanden sind, die darlegen können, wie die Unterschiede der Nitratbelastung zwischen privaten Brunnen in Weiterstadt und offiziellen Messungen der Wasserversorger zustande kommen und welche Möglichkeiten (inkl. Kostenermittlung) es gibt, die Nitratbelastung des Grundwassers in der Gemarkung der Stadt Weiterstadt zu ermitteln. Betrachtet werden soll die gesamte Gemarkung.

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|---|--------------|-----------------|
| 5 | Ja-Stimmen | (1 FWW, 4 SPD) |
| 4 | Nein-Stimmen | (2 CDU, 2 ALW) |

Michael Heßberger
Vorsitzender

Anette Jung
Schriftführung